

„Für zuverlässige Rahmenbedingungen“

Die große Anfangseuphorie ist ein Jahr nach der Energiewende verfliegen. Wo hakt es beim Umbau? Ein **Streitgespräch** zwischen **Hildegard Müller**, Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), und **Hermann Albers**, Präsident des Bundesverbands WindEnergie (BWE).

Interview: Nicole Weinhold, Fotos: Silke Reents

neue energie: Frau Müller, Herr Albers, ein Jahr Energiewende. Können Sie das Wort überhaupt noch hören?

Hildegard Müller: Ich verstehe das gar nicht. Es heißt immer, wir begehen ein Jahr Energiewende, obwohl von der Politik schon lange vorher die wesentlichen Rahmendaten festgelegt worden waren. Und gleichzeitig zu hoffen, dass bei einem Generationenprojekt wie diesem nach einem Jahr alles erledigt ist, das ist auch ein bisschen viel.

Hermann Albers: Direkt nach Fukushima hätte es sich keiner, nicht CDU, nicht FDP, leisten können zu sagen, dass er die Energiewende nicht will. Heute finden diejenigen wieder den Mut, ihre kritische Position offen zu machen, die damals nicht überzeugt waren. Wir haben ja sogar wieder Forderungen für eine Laufzeitverlängerung der Kernenergie. Insofern wird klar, dass die Energiewende ein Kraftakt ist. Die Bundesregierung sollte deutlich sagen, wir stehen hinter dieser Entscheidung. Sie stellt nachhaltig Versorgungssicherheit und Klimaschutz sicher.

Müller: Der Kernenergieausstieg ist für den BDEW beschlossene Sache. Wir sind jetzt in einer Phase, in der wir überall nach konkreter Umsetzung und Effizienz im System schauen müssen. Konkret macht uns die mangelnde Koordination zwischen Bund und Ländern Sorge. Aus 16 Einzelkonzepten wird noch kein Ganzes. Da merken wir erhebliche Ineffizienzen im System, das kann teuer werden und ist obendrein energiewirtschaftlich fragwürdig.

ne: Der Streit hängt sich an den Kosten auf. Kamen die wirklich so überraschend?

Müller: Auf den Euro und den Cent kann wohl keiner sagen, was die Energiewende kostet. Die Politik kommt seit fast einem Jahr beim Thema Gebäudesanierung nicht zu einer Einigung. Es ist ein Unding, dass es hier keine politische Lösung gibt. Neben dem Energiespar-effekt könnten wir so viel CO₂-Vermeidungspotenzial heben.

Albers: Während Sie, Frau Müller, hier Beiträge leisten zu einer intelligenten Debatte, erleben wir von der Politik eine pauschale Diskreditierung. Permanent wird eine Debatte zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen geführt, die in den eigenen Fraktionen verabschiedet worden sind. Das ist für die Erneuerbaren schädlich, und es ist mir unverständlich, dass die Fraktionsspitzen eine solche Debatte führen.

Müller: Ich sehe, dass man sich in einzelnen Punkten um Lösungen bemüht, so etwa dass Bund-Länder-Gespräche aufgenommen worden sind. Es gibt auch beim EEG Handlungsbedarf. Ich weiß aber auch um die hohe Bedeutung der Planungssicherheit. Die Frage, wie wir Erneuerbare schrittweise in den Markt integrieren können, ohne ihnen Planungssicherheit zu nehmen, ist aber ein wichtiger Punkt. Überlagert wird das Ganze von der Diskussion, die wir in der Photovoltaik gerade haben.

Albers: Ich bin für verlässliche Rahmenbedingungen beim EEG. Über 2014 hinaus müssen wir auf Basis des EEG-Erfahrungsberichtes prüfen, welche Chancen wir auf Anpassungsprozesse haben, welche neuen Instrumente wir brauchen, um Marktintegration und -transformation zu fördern.

Müller: Wir brauchen schrittweise ein neues Marktdesign, bei dem sich beide Seiten auf einander zu bewegen müssen. Im klassischen Kraftwerkspark wird die Laufzeit dramatisch abnehmen. 2020 wird



Albers: „Beim EEG finde ich es nicht richtig, dass der Stromverbraucher die Hauptlast trägt.“

ein konventionelles Kraftwerk rund 40 Prozent weniger laufen als heute. Es stellt sich jetzt schon die Frage, ob und wie diese Kraftwerke wirtschaftlich zu betreiben sind.

Albers: Was die Photovoltaik angeht, habe ich vor drei Jahren gesagt, hier muss jetzt Bewegung stattfinden. Wer spät einsteigt, greift dann zu radikaleren Mitteln. Und das hat der Branche in ihrer Transformation nicht gut getan. Ich werfe dem Wirtschaftsministerium an dieser Stelle vor, bei einer Kostensenkungsdebatte vergessen zu haben, dass die Chinesen ihre Exporte mit durchschnittlich 50 Prozent Exportförderung versehen haben. Insofern hat Rösler eine Politik für die chinesische Wirtschaft gemacht.

Müller: Wir brauchen nicht über Chinas Förderpolitik zu sprechen. Ob da Importzölle der beste Weg sind, kann ich nicht sagen. Das EEG mit seiner hohen Förderung hat die Branche nicht genug angespornt, innovativ zu sein. Man muss immer wieder Forschung fördern. Ich wäre für eine gezielte Förderung der Innovationsfähigkeit.

Albers: Beim EEG finde ich es nicht richtig, dass der Stromverbraucher die Hauptlast trägt, während die Industrie in weiten Teilen befreit ist. Wir dürfen darüber nachdenken, wie ein vom Stromverbraucher finanziertes System auch hier zu Arbeitsplätzen führt. Etwa 70 Prozent der Mittel, die durch den Stromverbraucher generiert werden, gehen nach China. Das halte ich für kritisch. Frau Müller, halten Sie es für sinnvoll, dass die Subventionierung staatlich begleitet bis in Export und Finanzierung hinein ein wesentlicher Erfolg der chinesischen Industrie ist?

Müller: Ich bin Anhängerin wechselseitig freier Märkte. Ich bin dagegen, dass Länder ihre Industrie unsauber mit Subventionen

schützen. Deshalb bin ich auch eine Anhängerin des EU-Binnenmarkts. Weltwirtschaftlich würden wir davon profitieren, wenn wir klug mit China zusammenarbeiten. Wir leben in dieser Weltgemeinschaft, und am Ende hat auch der Verbraucher etwas davon, wenn Preisdruck entsteht. Die Frage ist immer, wie hält man mit den Systemen, die man hat, die eigene Wirtschaft wettbewerbsfähig?

ne: Wie kann man die Erneuerbaren schneller an den Markt heran führen?

Albers: Wir hatten damals der Bundesregierung geraten, die gleiche Marktprämie einzuführen und das Grünstromprivileg als zweites Kriterium weiterzuentwickeln. Wir haben dazu Vorschläge gemacht, wie die Kosten des Grünstromprivilegs sehr schnell gesenkt werden können, die im Wesentlichen durch eine Mitnahme der Graustrom-Umlage entstanden sind. Wenn wir uns entschieden hätten, dieses Instrument im Markt zu belassen, wäre eine Wahl der Instrumente möglich gewesen. Mit einem solchen Grünstromprivileg hätten wir eine sehr weitreichende Kostenentlastung erzielt. Stattdessen hat man auf die Marktprämie gesetzt. Wir haben übrigens immer beschrieben, dass es zu 500 Millionen Euro Kosten kommt. Exakt dieser Wert dürfte jetzt eingetreten sein.

Müller: Ich halte die möglichen 500 Millionen Euro im Verhältnis zu 14 Milliarden Euro, die wir in diesem Jahr voraussichtlich für die EEG-Umlage zahlen werden, für einen akzeptablen Preis bei dem Versuch, Marktmechanismen einzubringen. Wir wollen ja, dass die Vor- und Nachteile des Markts erst einmal praktisch erfahrbar gemacht werden. Das EEG wird ständig evaluiert, wir schauen drauf. ►

Und dann wird es zu Konsequenzen kommen. Wir beide sind uns wohl einig, dass das nicht unterjährig passieren darf. Vor 2013 sehe ich keine Notwendigkeit, Dinge zu verändern.

Albers: Wenn es um Kosten des EEG geht, muss man herausstellen, dass die gleitende Marktprämie zwar Kosten auslöst. Aber die liegen etwa im Bereich der EEG-Differenzkosten von 0,015 Cent. Wirklicher Kostentreiber ist die Steuerbefreiung der Industrie. Bis zu 1,5 Cent EEG-Differenzkosten werden in den nächsten Jahren nur aus



Müller: „Wir brauchen die Schwerindustrie im Land.“

der Industriebefreiung heraus entstehen. Ein zweiter großer Kostenblock ist der Merit-Order-Effekt, bei dem ja eigentlich der positive Effekt eintritt, dass der Börsenpreis fällt – mit Auswirkungen in einer Größenordnung von 0,6 bis 0,7 Cent...

Müller: Ich will die Industrie gar nicht verteidigen, die muss stärker eingebunden werden, wo es geht. Gibt es tatsächlich zum Beispiel Wettbewerbssituationen? Wir brauchen die Schwerindustrie im Land, auch im Windbereich, um Produkte zu liefern, mit denen wir die Windräder bauen können. Wenn sich die Produktion der Windräder ins Ausland verlagert, wäre das genauso falsch, wie wenn die EEG-Umlage nur noch Unternehmen im Ausland zu Gute kommen würde. Wir sollten die Gesamtkosten begrenzen und nicht nur über deren Verteilung streiten.

Albers: Dann brauchen wir aber zumindest eine andere Synthetik der EEG-Umlage. Man kann dem Verbraucher nicht einfach nur sagen, die ist jetzt wieder um 1,5 Cent gestiegen – dabei ist das eine politische Entscheidung im Hintergrund.

Müller: Nicht nur. In der Zeit zwischen Januar und Mai sind aufgrund des starken Ausbaus allein bei der Photovoltaik Mehrkosten in Höhe von 460 Millionen Euro entstanden, die bei der Berechnung der EEG-Umlage 2012 nicht eingeplant waren. Der Staatsanteil am Strompreis für Haushalte liegt inzwischen bei 45 Prozent. Es gab ja von uns schon den Vorschlag, die Mehreinnahmen der Mehrwertsteuer aus der höher ausgefallenen EEG-Umlage in die Gebäudesanierung zu investieren. Außerdem macht sich die Erfolgsgeschichte

der Erneuerbaren in der Merit-Order sehr deutlich bemerkbar. Das konnte man in den Effekten so gar nicht erwarten.

ne: Wurden die EEG-Umlage-Kosten falsch kommuniziert?

Müller: Wir machen uns alle keine Illusionen. Wenn die 3,5 Cent EEG-Umlage am Ende des Jahres drastisch ansteigt, dann wird das nochmal eine erhebliche Diskussion bringen. Und wir tun gut daran, uns darauf vorzubereiten. Lieber jetzt die Fragen klären, die sich zum EEG stellen. Wie sieht es mit dem Netzausbau aus, wie kann man Effizienzen heben?

Albers: Wir brauchen eine bereinigte EEG-Differenzkostenzahl. Dann haben wir eine Zahl, die direkt den Erneuerbaren zugeteilt werden kann und wahrscheinlich sogar im Bereich von 3,5 Cent bleibt.

ne: Frau Müller, Sie sprachen ihn gerade an. Der Netzausbau wurde bisher verschlafen.

Müller: Da muss ich widersprechen. Die Öffentlichkeit hat vielleicht die Übertragungsnetzebene zu sehr im Blick. Wir haben zunehmend Bundesländer im Norden, die im Export von Energie einen Wirtschaftsfaktor für sich sehen. Dagegen stehen Bundesländer im Süden, die auf einmal energieautark werden wollen. So wird das nicht funktionieren im Übertragungsnetzbereich. Die Länder sind dagegen, dass Kompetenzen an den Bund abgegeben werden, aber gleichzeitig liefern sie bisher nicht genügend Staatsverträge und anderes, um bei dem Leitungsbau wirklich weiter zu kommen.

Albers: Ich halte es für eine schwierige Entscheidung, dass das komplexeste europäische Netz noch dazu mit der Aufgabe der Energiewende an zwei Netzbetreiber in den Benelux-Ländern verkauft wurde, die im krassen Missverhältnis zur Komplexität der Aufgaben stehen. Wir hätten eine ganz andere Kostendebatte und Aufgabenstruktur, wenn wir kontinuierlich die deutschen Netze über die Jahrzehnte entwickelt hätten.

Müller: Wenn Sie an den Umbau der Energieversorgung in den neuen Bundesländern in den letzten 20 Jahren oder den Ausbau der Verteilnetze für die vielen erneuerbaren Anlagen bislang denken, dann haben unsere Unternehmen viel investiert. Es ist klar falsch zu sagen, da ist nichts passiert, hier wird durch unsere Verteilnetzbetreiber ein großartiger Job gemacht.

Albers: Dass wir erst 2007 eine echte Debatte im Bund bekommen haben, war einfach viel zu spät. Ich entnehme Ihren Worten, Frau Müller, dass der BDEW diese Aufgabe annimmt und strukturiert nach vorne treibt. Das finde ich gut.

(Frau Müller lacht)

Albers: Wir müssen überlegen, wie wir Zügigkeit in einem komplexen System herstellen. Beim 110-kV-Netz ist eine unserer tragenden Aufgaben, gemeinsam dem Beispiel von Schweden, Dänemark und Japan zu folgen und grundsätzlich Erdkabel einzusetzen. Auch die Regenerativerzeuger sind in der Lage zum Beispiel durch Einspeisenetze einen zügigen Ausbau zu gewährleisten – der BWE hat dazu eine Studie vorgestellt. Was wir heute tun können, das habe ich als Schleswig-Holsteiner gelernt, dort wird eine 220-kV-Trasse entlang einer bestehenden Trasse ausgebaut. Mit dem Einsatz modernster Hochtemperaturseile können wir es schaffen, unter Verwendung der bereits installierten Masten, dass diese Netze die Kapazitäten der Übertragung verdoppeln. ◀